

werden die Spalte... 20 Pf., falls ein Blatt mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition...

Morgen-Beitung

Zweihunddreißigster Jahrgang.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis... Nr. 5882 des amtl. Zeit.-Berg. Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ernst Schütz in Halle.

Nr. 39. Halle a. d. Saale, Dienstag den 25. Januar 1898. 1898.

Deutsches Reich.

Deutschlands auswärtige Politik. In der Budgetkommission des Reichstags fand am Montag der Etat des Auswärtigen Amtes zur Beratung.

Bei den Verhandlungen und Konsultationen erklärt Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg, daß über die internationale Konferenz, die in Athen stattgefunden...

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 23. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Berlin angenommen.

Bei der Verhandlung in Berlin gab Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg über unsere Beziehungen zu China...

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 23. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Berlin angenommen.

Bei der Verhandlung in Berlin gab Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg über unsere Beziehungen zu China...

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 23. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Berlin angenommen.

Bei der Verhandlung in Berlin gab Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg über unsere Beziehungen zu China...

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 23. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Berlin angenommen.

Bei der Verhandlung in Berlin gab Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg über unsere Beziehungen zu China...

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 23. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Berlin angenommen.

Bei der Verhandlung in Berlin gab Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg über unsere Beziehungen zu China...

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 23. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Berlin angenommen.

Bei der Verhandlung in Berlin gab Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg über unsere Beziehungen zu China...

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 23. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Berlin angenommen.

an. - Abg. Richter wünscht eine ausführliche Denkschrift, die im einzelnen geprüft werden könne. Auf den Vertrag mit China komme es an, es handle sich darum, inwiefern mit Eisenbahnen und Verkehrsverhältnisse von China zugetrieben seien.

Wovon soll der Titel 21 - Gefährdung in Bezug - abgelehnt werden: erst muß man den Wortlaut des Vertrages mit China kennen; eine telegraphische Entzifferung genügt nicht. Habe das Abkommen irgend welche Verpflichtungen gegen China, und Frankreich zur Folge? - Staatssekretär v. Bülow: Wir sind gern bereit, eine Denkschrift vorzulegen. Aus ihr ist nichts davon bekannt, daß die Franzosen in Siam eingetroffen sind.

Unter Vorgesetzten ist legal; unter Verhältnis zu anderen Staaten wird nicht dadurch berührt. Für die Kaiserliche Marine ist es notwendig, daß die deutsche Verantwortung übernehmen. Welche die Prinz Heinrich beizubringen wird, steht noch nicht fest.

Abg. Weber: Auf Webers bestimmte Fragen über den finanziellen Effekt der Erwerbung der Kiao-tschau-Bahn ist keine bestimmte Antwort erfolgt. Eine solche ist wohl auch zunächst nicht zu erwarten.

Jedenfalls werden beträchtliche finanzielle Opfer notwendig werden. Auch Abg. Graf Stolteberg hält die Frage nach den finanziellen Bedingungen für berechtigt. Wenn man auch volles Vertrauen zur Regierung habe, so sei eine solche Auskunft doch bringen zu wünschen.

Unsere Interessen seien wesentlich Schiffsahrtinteressen und diese haben die bisherigen Konsultationen vorgängig betrachtet. - Abg. Dr. Lieber: Das Wichtigste ist für mich die Frage, welche finanziellen Engagements wir mit der Erwerbung der Kiao-tschau-Bahn eingehen. Haben wir noch einen Nachttagssatz zu erwarten? Wie werden wir unsere Stellung dort behaupten wollen? Etwa durch Errichtung einer Schutzmur? Es geht so aus, als wenn wir das haben nehmen müssen, was uns England übrig gelassen hat.

Staatssekretär v. Bülow: Was den Wortfall in Siaman betrifft, so hat sich der Kapitän Dit durch eigene Schuld vor Gericht eine Strafe zugezogen. - Dieser Angabe widerspricht Abg. Frese: Der von der französischen Behörde angegebene Grund für die Ablehnung des Gesuchs ist natürlich nur ein Vorwand, eine Ausflucht. Er hat sich vor Gericht durchaus freigesprochen.

Die Haltung der französischen Regierung war weniger die Zollbehörden als die Zollbehörden auszulagern. - Abg. Prinz Arenberg hält eine gründliche Ausprobung über die wirtschaftliche, politische und finanzielle Bedeutung der Beilegung der Kiao-tschau-Bahn im Mienum für durchaus erforderlich. - Nachdem Abg. Richter seinen Antrag auf Ablehnung des Titel 21 - Gefährdung in Bezug zurückgezogen hat, werden die künftigen Titel für Vorarbeiten und Gefährdung bewilligt.

Für den Tag wünscht Abg. Prinz Arenberg ein Berufskonsult. - Staatssekretär v. Bülow sagt ein solches zu und zwar im Einverständnis mit der österreichischen Regierung. Bei dieser Gelegenheit wird mitgeteilt, daß in Prag 1400, in Wien 1000, in Budapest 800 Reichsmark wohnen. Der Staatssekretär stellt auf Anfrage weiter mit, daß die Aufschüttung der Verläufe bei den letzten Anstrengungen den Reichsangehörigen teilweise der Stadt Prag gewährt werden müsse. - Abg. Dr. Sammaert findet, daß die österreichische Regierung nicht überall loyal vorgegangen sei. Auch die Armeesache bei dem Austritt ihre Schuldigkeit nicht getan. Wegen Beginn der Verhandlung wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Die Konsultationen.

Am 24. Januar, schreibt man uns: Ein Jüngling dem preussischen Staatsdiener bisher noch recht weit nach hinten hinter: die Bestimmung, daß von den zugehörigen mit Gebirgen in Verbindung kommenden Staatsbeamten die Hinterlegung einer entsprechenden Kautionsleistung...

Diese Kautionsleistungen bildeten einen äußerst schweren Belastung für eine große Reihe von Beamten. Diese mühten oftmals anderweitig drückende Verpflichtungen übernehmen. Schulden auf sich laden, um die vom Staate verlangte Kautionsleistung zu befriedigen, oder sie mußten sich, namentlich sofern sie den unteren Beamtenkategorien angehörten, Gehaltsabzüge zur Sicherung einer Kautionsleistung gefallen lassen, die für sie gleichfalls schwere wirtschaftliche Nachteile bedeuteten.

Diese ganz durch ein Gesetz vom 20. März 1873 geschaffene Kautionspflicht hat sich namentlich als gänzlich verfehlt erwiesen. Denn die Kautionsleistung, die dann aus den Kautionen gebildet werden konnten, belaufen sich auf einen so geringen Prozentsatz der Kautionssummen, daß die Kosten der Kautionsverwaltung einen weit höheren Betrag erreichten, als die Summe der Defizite betrug. Bei der Kautionsverwaltung z. B. betragen die Defizite nach 11 Jahren Durchschnitt nur ein Drittel der Verwaltungskosten, während nach 18 Jahren bei den anderen Verwaltungskategorien die Kautionsleistung nur ein Drittel der Verwaltungskosten betrug.

Das Unrationelle dieser Kautionspflicht leuchtet demnach ein und hat der Effekt einer Last für die Staatskasse dargestellt, so kam endlich auch Herr von Miquel auf den ersten Gedanken, die Kautionen aufzuheben und diese günstige Gelegenheit zu einem wohl angebrachten Lob der preussischen Beamtenpflicht zu benutzen. Das insolgebehalten heute im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangene Gesetz über die Aufhebung der Kautionsleistung hat denn auch im Laufe der öffentlichen Zustimmung bis auf den Punkt, der die Kautionsleistung aufzuheben und die Hypothekendarlehen im Bereiche des Rheinischen Rechts von der Kautionsleistung des Gesetzes ausgenommen wissen wollte. Gegen diese Bestimmungen machten sich Bedenken geltend, die aber nicht für so weittragend erachtet wurden, um dadurch den übrigen 35,000 Beamten den Segen des Gesetzes vorzuenthalten zu lassen. Und so wurde der Entwurf gleich in zwei Lesungen erledigt, nachdem Abg. Richter bringend um schleunige Durchberatung gebeten hatte, um so einen heilsamen Druck auf den Bundesrat wegen Aufhebung der Kautionsleistung der Reichsbeamten auszuüben. Herr von Miquel erklärte, daß der Bundesrat einen ähnlichen Gegenentwurf in Bearbeitung habe. Und in der That - die Elle der Regierungsmänner ist diesmal wirklich zu loben: vermagt über das zu Gunsten der Beamten erfolgte Resultat verließ man um 1/2 Uhr das Gebäude am Dönhofsplatz, und um 1/3 Uhr bereits verließ Herr v. Bülow im Reichstag, daß ein Entwurf über

die Aufhebung der Kautionen der Reichsbeamten dort eingegangen sei. Man sieht also, daß die Regierungsmänner nicht außerordentlich Schnelligkeit arbeiten kann, wenn die Interessen der Staatsbeamten sich einmal zufällig mit den Interessen von einzelnen Kategorien der Bevölkerung decken! - Der Jop wird in Preußen und in Mecklenburg abgemittelt werden - zugleich die öffentliche und rühmliche Anerkennung der Integrität der Beamtenpflicht, auf die diese und auf die das deutsche Volk sein kann.

Aus den Parlamenten.

Berlin, 24. Jan. Die Staatsberatung des Reichstages beschäftigt sich heute zunächst mit der Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes. Bemerkenswert war, daß die von dem Abg. Frhrn. v. Hertling vortragene Forderung, die Invalidität, wenigstens die kleinen, die Handwerker und die Dienstboten von der Versicherungs-pflicht wieder zu befreien, auch auf konservativer Seite entschiedenen Widerspruch fand und von dem Staatssekretär des Innern als für die verbündeten Regierungen abstoßend erklärt wurde. Andererseits wurde von dem Staatssekretär gegenüber der von den Sozialdemokraten geforderten „Revisions“ im Sinne einer Erhebung der Altersgrenze und Erhöhung der Rente auf die starke Widerspruch hingewiesen, die solche Maßnahmen im Gefolge haben müßten. Aus den weiteren Ausführungen des Staatssekretärs ging hervor, daß die Revision des Gesetzes auf alle Fälle den nächsten Reichstag beschäftigen wird. Beim Kapitel „Anwiderungswesen“ nahm der Abg. Dr. Dahn Veranlassung, wieder einmal allerlei mißbilligte Behauptungen gegen den „Norddeutschen Lloyd“ vorzutragen, und erhielt von dem Abg. Dr. Hamacher und Dr. Lieber (Centr.) eine scharfe Zurückweisung, während die sachlichen Angaben des Abg. Frhrn. von dem Abg. Frese zurückgewiesen wurden. Beim Kapitel „Bohnenanbau“ entfaltete sich eine lebhafte Debatte über die Wirkung des Borsen-gesetzes zwischen dem Abg. Dr. Barth (Freis. Fr.) einerseits und dem Abg. G. Graf v. Arnim (Deutschp.) und Dr. Baasch (Centr.) andererseits.

Im Abgeordnetenhaus wurde weiterhin (nach der Beratung des Gesetzes über die Amtskautionen) in erster Lesung das Kompatibilitätsgesetz erledigt und auf den Antrag des nat.-lib. Abg. Noelle an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Der Vorlage stimmten im wesentlichen alle Parteien zu, soweit sie die besprochenen Bestimmungen lobbte. Der Finanzminister machte aus seiner Genehmigung über diese Ausnahme des Gegenentwurfs sein Wohl und ver sprach sich volle Verhängung in der Kommission. Mittwoch ist die nächste Sitzung.

Seitens der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses wird beabsichtigt, beim Etat des Ministeriums des Innern das Ansuchen der drei Landräthe im Wahlkreis 113 abzulehnen zur Sprache zu bringen.

Der Landtagsabgeordnete Kammerherr von Schmitz befragt auf Ansuchen bei Westenburg ist Sonntag nachfolgend eines Beschlusses gefordert.

München, 24. Jan. Zu der Kammer der Abgeordneten heute gelegentlich der Verhandlung des Elternrechts auch die Marineverträge zur Sprache. Minister Frhr. v. Craschke im hatte in der letzten Sitzung zuvor gewarnt, auf eine so rasche Steigerung der Einnahmen, wie sie in den letzten Jahren erfolgt ist, auch für fernere Zeit zu rechnen und das Budget mit Ausgaben zu belasten, die nicht notwendig sind. Abg. Dr. Peim (Utr.) befragte heute diese Abänderung als beste Abgabe gegen die Marineverträge. Gebührender Widerspruch Minister Frhr. v. Craschke: Es ist nicht zu erwarten, daß die Marineverträge zur Seeversicherung werden und erklärte, die Forderung für die Marine sei nicht so hoch und die Steigerung der Ausgaben sei im Verhältnis sehr mäßig. Ferner geht die Marineverträge, so fuhr der Minister fort, „zu den notwendigsten Ausgaben. Das Reich muß diejenigen Ausgaben machen, die notwendig sind zur Sicherung seiner Größe, Macht und Wohlfahrt. Für Wohlfahrt des Reiches ist die Marine notwendig, weil sie dazu dient, den überflüssigen Handelsverkehr zu schüßen und weil sie ein wesentlicher Faktor unseres Wohlstandes ist. Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Reich unmöglich so arm sein wird, daß es diejenigen Ausgaben, welche für seine Machtstellung, Ehre und Wohlfahrt notwendig sind, nicht machen könnte.“ (Wohlfahrt des Reiches.) Dr. Richter (Utr.) erklärt, auf was er sich bezieht, alle Stimmen zu bewilligen, welche für die Sicherheit, Größe und Wohlfahrt notwendig sind. Aber wir wünschen, daß bei den Ausgaben das Wohl und die Rechte des Volkes berücksichtigt werden. Abg. v. Bülow (n. Soz.) erklärt, nach der Meinung der Sozialdemokraten gehen die Forderungen der Marineverträge nicht zu den notwendigen Ausgaben.

München, 24. Jan. Die neue Gemeindeordnung, über die der Landtag sich entscheiden soll, will für die Wahl der Gemeinde- und unbedeutenden Stadträthe das Verfassungssystem mit geheimer Abstimmung einführen. Zu Schwarzburg-Sonderhausen ist das gleiche System in Geltung.

Verwaltung und Reichsfrage.

Eine vom landwirtschaftlichen Centralverein für Südbaden und Württemberg nach Berlin entsandte Deputation hatte beabsichtigt die Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierung im dem von dem national-liberalen Schiffsahrtank als sehr fremdbildig Stellung einnimmt. Die Herren sind bei den Verhandlungen des Handels, der öffentlichen Arbeiten, der Finanzen und der Landwirtschaft gewesen. Die Ansätze, die sie erhalten, waren etwa folgende:

Der Reichsminister hätte, da die Botschaften über den Reichsbescheid sehr vorgezogen seien, bei dem notwendigen Entgegenkommen der Provinz bereit für den nächsten Landtag eine Vorlage in Aussicht. Der Handelsminister leitete die Aufmerksamkeit der Kommission auf die Frage der Ueberwindung der Wasserstraßen und der Entleerung neuer Industriezweige in dem Herzen der Provinz. Dabei wurde festgestellt,

daß nicht nur deutsche Geschäftsgesellschaften dieser Angelegenheit ihr reges Interesse anwenden, sondern, wie bereits bemerkt, auch eine Gesellschaft aus Amerika sich bereits beim Ministerium gemeldet habe. Das größte Interesse an den Ausfuhrerzeugnissen des Anstalts besaßen die Landwirthe, die sich zu demselben in der Richtung der Landwirthe angeschlossen haben. In diesem Zusammenhang kommt es zu dem interessanten Umstande, daß die Landwirthe in der Provinz Westfalen die wichtigste Rolle spielen. Die Provinzialverwaltung hat sich zu demselben in der Richtung der Landwirthe angeschlossen. In demselben Zusammenhang kommt es zu dem interessanten Umstande, daß die Landwirthe in der Provinz Westfalen die wichtigste Rolle spielen.

zurückgezogen bekommen, kann ich nur empfehlen, das Geld in die Staatskassen anzulegen. **Herr Gans** (frei) tritt ebenfalls für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung. **Herr Gans** bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Erstlich Wunsch war in unseren Verhandlungen gar nicht die Rede gewesen. (Gehehelt.) Und man würde von dieser Verhandlung des Terrains gar nichts wissen, wenn man nicht den Erlaß Wunsch sähe. (Gehehelt.) Im Etat liegt nichts davon. **ES** ist in der Vorlage von den Rechten der Krone gesprochen. Soll glaube, es handelt sich wesentlich darum, wie viel Rechte das Reich in demselben hat? Soll dieses Reich ein Recht haben, sich einen bestimmte Summe festzusetzen, so würde das Reich hätte gewinnen, daß in der Vorlage mehr von den Ministern die Rede gewesen wäre, daß man zwischen dem Monarchen und den Landtagen das Ministerium eingeschoben hätte. Dieser Wunsch ist aber alle Defekte, Nachhisse usw. wöthig Ausschlag gegeben worden, so daß wir alle Details wissen konnten. In dieser Vorlage wird dieses Reich mindert, weil so man kann eine summarische Mittheilung der Einkommenbeiträge aus Erlaß zur Kenntnissnahme erhalten.

Herr Dr. v. Wagner (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Herr Dr. v. Wagner (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Herr Dr. v. Wagner (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Preussischer Landtag.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Abg. v. Lohmann (frei) tritt für den Gesetzentwurf ein und bittet, die Zurückzahlung der Kautionen möglichst zu beschleunigen, da die Deputierten das Geld doch meist von Lebensverpflichtungen geleistet haben. Darauf antwortet, daß das Gesetz sich nur auf wichtige Fälle bezieht, nicht auf Privatverloren, die öffentliche Kassen verwalten, wie das bei Specialaufträgen und Fortschreibungen z. B. geschieht. Die Zurückzahlung der Kautionen geschieht ohne Zurechnung der Kautionszahlung.

Nachricht, daß ein jüdischer Einwohner eines Spanier durch einen Messerhieb schwer am Halse verwundet habe. ...

dessen Wohl für unglücklich erklärt worden war, weil er nicht im Besitz der bürgerlichen Rechte ist, mit 1182 von 1241 Stimmen wiedergebäht.

Mexiko.

Nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums führt die erste Compagnie des 1. perterbogens Leibregiments fortan den Namen 'Compagnie St. Maximilian' ...

Die elektrische Bahn ist von Tschelabinsk bis zum Ob auf einer Strecke von 2000 Werst für den regelmäßigen Verkehr eröffnet.

Mittelamerika.

Die amtliche 'Gaceta' veröffentlicht eine Kundgebung der Regierung der Insel Kuba, in welcher dieselbe ihre Willkür im Hinblick auf die Autonomie ...

Ufrica.

Dem 'Daily Telegraph' nach hat Kaiser von Kairo gemeindet, die Kaiserin Elisabeth habe den dort stationierten Offizieren telegraphisch ...

Die britische Regierung hat, wie es heißt, mehrere Einzelschreiben über die Meuterei der Sudanesen in Uganda erhalten.

Galie und Ungedend.

Salz, 25. Jan.

— In gestriger Stadtvorordneten-Sitzung lagen die Einladungen der Leiter der Universität, des Gymnasiums und der Oberrealschule zu Kaisers Geburtsfest vor.

Der frühere Ministerpräsident Graf v. Bismarck wird durch verschiedene Berichte getrieben, die von dem Kronprinzen ...

Deutscher Reichstag.

Ueber die Auffassung der Regierung betreffs der vorkünftigen Gesetze im Falle der 'Voll-Zurücknahme' ...

Zu böhmischen Landtage zu Prag interpellirt der Abgeordnete ...

Provinzialnachrichten.

K. Eshert, 24. Jan. (Mühlens bei Herrn v. Thielens) Die von den hiesigen hiesigen Behörden gewünschte Expedition ...

* Nordhausen, 24. Jan. (Fredererend Brand.) Letzte Nacht gegen 12 Uhr brach im unteren Stockteil auf dem dortigen ...

St. Rom Franken, 23. Jan. (Mitternacht.) Unter Anbruch des Einbruchs der das nördliche und nordöstliche Europa ...

meter um volle 5 Grad, nämlich bis auf - 4 Grad, und den Beginn der Abkühlung begleitete ein langer, aber heftiger Schneeeis ...

Österreich (Eise), 24. Jan. (Niebergerbrannt.) Der Consulatsrat Müller von den Schmeideberg Weinbergen ...

Frankfurt, 24. Jan. (In den Anstalten) Irrenklinik wurde die Zwider der hiesigen Schulaubst von F. A. Keil ...

Frankfurt (Ora), 24. Jan. (Ertrunken.) Trotz wiederholter Warnungen ...

Bermittliches.

In dem Eisenbahn-Unfall bei Bern wurde amtlich berichtet: Der Schnellzug 20 Hannover-Kahn entgleiste auf Bahnhof Bern ...

Ueber zwei weitere Eisenbahnunfälle meldet der Telegraph, zunächst aus Gellentich, 24. Jan.: Auf dem Bahnhofe Leudersdorf-Wattenich ...

Anglistische Fälle. Bei einer Schiffsparade auf der Ober, berichtet man aus Breslau, ...

Selbstmord eines Deutschen in Aachen. Vor acht Tagen kam ein deutscher Herr, ein städtischer Fünftziger, aus Aachen ...

Letzte Telegramme.

Wien, 25. Jan. Die 'Neue Freie Presse' meldet aus Prag: Eine Schaar Arbeiteloser ...

Briun, 24. Jan. Der Landtag berief, nachdem die gesammte Rechte ...

